

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreise: Dienstlich 10 Pfennig, Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.95 M.
einschließlich Postabzugszahl

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Donnerstagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Einnahme von Goldmünzen bis 10 Uhr, von Sammleranlagen bis 11 Uhr vorm. — Preis für 10
Post-Spatzelle aller Anzeigen 1.40 M., im Restanteil 3.50 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch
Herausgeber aufgegebene Anzeigen bitten wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Italien und der Vatikan

Aller Bemühungen und Protesten der Völker zum Trotz ist das Verhältnis zwischen Italien und dem Vatikan heute noch dasselbe, wie es vor 50 Jahren durch die Vergewaltigung vom 20. September 1870 geschaffen wurde. Nach einer Reihe von Vorbrüchen, die ja gerade bei der terza Italia zum politischen Handwerkszeug gehören, hat man geglaubt, mit dem famosen Garantiefeile, das ja auch bis heute totter Punktsteine geblieben ist, die Sache eines für allemal erledigt zu haben und mit der Hartnäckigkeit eines italienischen Blaueisels hat man sich seither allen Tatsachen zum Trost auf den Standpunkt gestellt: 1. Es gibt keine römische Frage, und 2. die nicht existierende römische Frage ist keine internationale, sondern eine innenpolitische Frage. Zugwölfen haben auch andere Leute, als etwa nur die Katholiken erkannt, daß es nicht nur für Italien, sondern für alle politischen Mächte von größter Bedeutung ist, daß der Papst nicht von einem einzelnen Staat abhängt und sich dadurch, daß er ein italienisches Staatsgesetz, das ihm selbst zum Gegenstand hat, auferlegt, zu einem Unterthanen und Werkzeug einer politischen Macht erniedrigt. Der Papst bedarf seiner willigen Freiheit und Unabhängigkeit und durch die Haltung, die er seit 1870 einnimmt, hat er sich wenig schon nicht die erste, so doch die zweite so sehr gewahrt, daß heute auch Frankreich wieder zu ihm gekommen ist, um gleich allen anderen Völkern, die Vertretungen bei ihm unterhalten, sich seines Einflusses zu bedienen. Wäre dieser Einfluß durch eine italienische Kette gebunden, würde der Papst in Italien eine über ihn stehende Macht anerkennen, die befugt ist, ihm in irgendeiner Weise einzuschreiben oder aufzuziehen, so wäre eben der Schlüssel zu seiner Macht nicht mehr beim Vatikan, sondern beim Papst, auf der Konzilia. Damit wäre aber auch der Versoll der katholischen Kirche in nationalen Kirchen bestimmt. Sommio hat ja mit seinem famosen Artikel 15 des Londoner Abkommen dem Papste noch eine weitere Kette anlegen wollen, die vornehmlich dem Zentrenstreben der italienischen Staatsmänner seit Gründung entsprang, das Überhaupt der Rechte seiner Souveränitätsrechte zu entziehen und zu veranlassen, aber der Versuch ist, wie sich heute zeigt, vollkommen misslungen. Die Souveränität des Papstes ist eben nicht in der Anerkennung durch weltliche Mächte oder in ihrer Anerkennung seitens solcher, sondern sie ist in der Gültigkeit des Papstums begründet und besteht, ob nun Teile der Menschheit sie anerkennen oder nicht. Ein Teil von ihr, und zwar ein heute nicht mehr zu übersehender, erkennt sie aber unbedingt an, nämlich die 300 Millionen Katholiken und da bei ihnen diese Anerkennung im Gemissen begründet ist, also durch kein weltliches Mittel bestätigt werden kann, heißt es eben, sich mit dieser Tatsache abfinden. Aus der Erkenntnis heraus, daß es heute überall in der Welt Katholiken gibt, insbesondere auch dort, wo Frankreich die Panzarmee seine italienischen, politischen Interessen hin erstreckt, nämlich im Rheinland, in Elsaß-Lothringen, in Bayern, in Oberbayern, in Palästina, in Syrien, in Amerika und Ostasien (die Aufzählung ist der Pariser Begründung der Wiederherstellung der Wirtschaft beim Vatikan entnommen!), hat die Regierung der französischen Republik nach 17jähriger Abwesenheit die diplomatischen Beziehungen zum Papste wieder aufgenommen. Frankreich „durfte“ von einem so wichtigen Mittelpunkte internationaler Interessen nicht mehr fern sein, es „mußte“ sich dort vertreten lassen, wo alle seine Konkurrenten bemüht sind, sich dieser Einflüsse zu ihrem Vorteile und zu Frankreichs Nachteil zu bedienen. Zornart selbst hat diese Begründung gegeben, die ja durchaus natürlich und so selbstverständlich ist, daß es gar nicht verwunderlich, wenn wir dieselben Gedankengänge heute seitens der italienischen Presse an Italien selbst gerichtet finden. Das Problem, scheint der „Messaggero“, das vor 50 Jahren abgeschlossen schien, ist wieder in Bewegung geraten, und zwar in einem Sinne, der es ermöglicht, heute darüber zu reden, ohne daß man zu befürchten braucht, daß das Ansehen des Staates darunter leide. Noch im vorherigen Jahre mußte der Berichterstatter Rothenauer in der französischen Kammer sich mit den geäußerten Befürchtungen befassen, die Aussöhnung mit dem Papst sei geeignet, seitens Italiens Misstrauen und Widerstand zu erwecken, aber er konnte darauf verweisen, daß auch dort bereits ein anderer Wind wehe.

Wenn nun gerade der „Messaggero“ den Anfang damit macht, seit einem halben Jahrhundert zäh verteidigte Stellung aufzugeben, so muß das nachdenklich stimmen, denn er ist das Sprachrohr jener Kreise, die bisher sich am allerentferntesten jedem Gedanken eines Entgegenkommens gegen den Standpunkt des Papstes widersetzt haben, da sie darin eine Gefährdung des Staates erblicken. Sie wußten, daß die Einheit Italiens nur auf Kosten der päpstlichen Macht zustande kam und könnten sich daher nicht vorstellen, daß das vergangene Unrecht sich ohne Schädigung des Aufstands und Beständandes des Königreiches wieder guilmischen lasse. Wenn nun von jener Seite plötzlich der Wind umzuschlagen beginnt, so beweist dies, daß das französische Beispiel und insbesondere die französischen Gründe ihre Wirkung zu tun beginnen; es beweist, daß man anfängt, den alten verborgten Standpunkt preiszugeben und sich vernunftgründen zugänglich zu zeigen. Es beweist, daß die Einsicht allmählich sich festzusetzen beginnt, daß man noch lange kein Feind Italiens zu sein braucht, wenn man sich Gründen nicht verschließt, die zu einer Annäherung und vielleicht durch diese zu einer Aussöhnung führen können.

Anzuwischen ist, daß der ersten Stimme eine zweite gefolgt, die der „Idea Nazionale“, des Organes der Nationalisten. Es sei zureichend und gut, daß die selteneren Vorurteile zu fallen beginnen, die so lange Italien einen verschlissenen Weg geführt haben, und das Blatt nimmt den Ausführungen des „Messaggero“ in allen Teilen zu. Es schließt sich insbesondere den Ausführungen des katholischen „Corriere d’Italia“ an, der dazu rät, die Dinge am besten sich selbst zu überlassen, falls sie eine rein journalistische Erörterung überschreitende Gestalt annehmen sollten, damit solche Fäden, die in ihren Anfängen besonders sart und gefährdet sind, nicht durch unkluges Dreinreden zerstört werden.

So liegt der Gedanke nahe, daß die Stimmen bezeugen, die seither vielfach in entgegengesetztem Sinne beeinflußte öffentliche Meinung allmählich umgestimmen und möglichen Wand-

lungen in dem Verhältnisse zwischen Kirche und Staat den Weg zu ebnen und Widerstände zu beseitigen. Man fühlt, daß es ein Unding ist, daß wo zahlreiche nichtkatholische Staaten sich beim Papste vertreten lassen, ein seiner Konfession nach ganz katholisches Land mit 30 Mill. Einwohnern im Vatikan durch vollkommene Anwesenheit „glänzt“, zu seinem Schaden und anderer Deute ruhen. Als Zeichen der Zeit müßen solche Stimmen signalisiert werden; sie beweisen, daß der Gedanke der Bedeutung des Papstums immer stärker sich durchsetzt und selbst ihm widerstrebende Kreise zunehmend in seinen Fann zieht.

Friedrich R. von Lamia.

Wohin das polnisch-französische Einvernehmen führt

Das polnisch-französische Einvernehmen wird von neuem verständlich, wenn man die französischen Blättermeldungen der letzten Tage sich vergegenwärtigt. Neben den militärischen und politischen Blättern enthält dieses Ländchen eine Reihe bedeutungsvoller französischer Beobachtungen und natürlich für Frankreich besondere Vorausgaben, so unter anderem das Verrecht der Wehrbegünstigung, französische Besitzrechtsansprüche sollen danach in Polen besondere Privilegien genießen. Das sind immerhin wertvolle Eingehändnisse, die die schon längst verfaßte Tatsache eines geheimen Einvernehmens zwischen Warschau und Paris auch in der österreichischen Krone von neuem gezielt beleuchten. Dieses Einvernehmen läßt Frankreich so fest an seinem Vertreter in Österreichien, dem Reichsrat der österreichischen Kommission, halten, und ohne weiteres erfährt, glaubwürdig, was ein polnischer orientierter Geistlicher, nämlich Pfarrer Sulik in Chemnitz, Kreis Oppeln, in einer Predigt unterhaltsam erläutert, daß sowohl lediglich ein Vertrag Lerons sei, mit Wissen und Willen Lerons den Aufstand in Polen geführt habe und sich zurückziehen werde, sobald Lerons es wünsche. Rocznik handelt nur auf vorheriges Einvernehmen mit Leron und dieser sollte nur wünschen, daß Österreichien zum größten Teile an Polen komme. Leron handelt natürlich — daß es wiederum schon an dieser Stelle, wie von der gesamten deutschen Presse, aber auch von objektiven englischen, amerikanischen, wie italienischen Blättern dargestellt werden, — lediglich im Interesse der französischen Nationalisten, Industriellen und Finanzleute. Von Unparteilichkeit kann bei ihm nicht die geringste Rede sein, und deshalb können wir die Forderung der oberösterreichischen Bevölkerung nur zu gut verstehen, die auf eine Entfernung Lerons drängt und seine Erhebung durch einen Engländer oder Italiener misst. Frankreich wird in nun nicht dubios, daß die Entente dieser an und für sich berechtigten Forderung nachgibt. Aber auf der anderen Seite haben Österreicher wie Polen es in der That, den österreichischen Österreichern wenigstens einigermaßen Berechtigung überboten zu lassen, um schon im eigenen Interesse das laut in die Welt schreiende Unrecht, was den Deutschen in Österreichien angeht, nicht offen vor aller Welt zu dulden und aufzuzeihen. Es ist immerhin erfreulich, daß der neue englische Kommissar Sir Harold Stuart sich gegen die neutrale Zone aussprochen hat. So lange die polnischen Bündnispartner den Industriebeziehungen bestrebt halten und ebenfalls, wie klein Vorgänger, den Großfürsten Verein, nun auch an der Überzeugung gelommen ist, daß die Verbündeten die Polen zunächst anzingen müssen, die Waffen niedergelegen und das von ihnen besetzte Gebiet zu räumen. Es kann einigermaßen kaum glauben, wenn die französische Presse gegen diese französische wenig genehme englische Ansicht Stellung nimmt, und die „Liberté“ davon erklärt, wenn die Franzosen bleier polnischstädtischen Anregung nachgehen würden, würden sie ja gegen die polnische Polens Stellung nehmen. Es kann der unmöglich Zustand eintreten, daß französische Soldaten auf polnische Arbeiter schielen und sie sich sogar mit den Truppen des Generals von Höpfer an einer Allianz vereinigen würden. Bei noch nicht gewußt haben sollte, wer wohl überall da, wo die Franzosen nicht antworten, die polnischen Aufständen bewaffnet einschreiten und sich alle möglichen Ausdehnungen gegen Leib und Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung erlauben und die Autorität der Anteilskrieger-Kommission mit Rütteln treten, dem könnte das bei solcher Veröffentlichung der französischen Meinung ohne weiteres klar sein, wenn Rocznik droht, nicht aufwillig das Industriegebiet zu räumen, sondern es in Trümmer und Asche zu verwandeln, falls es nicht politisch bleibt, das heißt also, falls es nicht mit seinen Aufständen dort bleibt; so ist dies von seinem Standpunkte aus schon immerhin erklärlich. Aber wenn die „Liberté“ selbst die Polen zu einer solchen Auseinandersetzung auffordert, indem sie schreibt, die Polen würden sich nicht aufwillig führen und Reaktionen im Industriegebiet und Verwaltungsbereichen an der deutschen Bevölkerung wären die Polen davon, so ist dies ein neuer Bereich, wohin die nationalistischen Treiber und die polnische Freundschaft steuerlich leichten Endes führen. Und es ist ein gewagtes Ende, daß ein führendes französisches Blatt derartige Veröffentlichungen Europa und den außereuropäischen Ausländern vorzuhalten wolle. Man sieht, wie weit die deutschfeindliche Verblendung Frankreich getrieben hat.

Ein englisches Bekennen

London, 13. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Morning Guardian“ schreibt aus Oppeln: Die neutrale Zone sei ein Misserfolg. Die alliierten Truppen sind an verschiedenen Punkten zwischen den Aufständen und den deutschen Selbstschutz gescheitert worden, aber zwischen diesen beiden geht der Kampf weiter. Die Deutschen erleiden dauernd fast unerträgliche Herausforderungen an von Seiten der Aufständen, die ein Interesse daran haben, daß die Deutschen wieder angreifen. Die Alliierten müssen ihre Vermögensfortschritte, um den deutschen Selbstschutz so viel wie möglich zurückzuhalten und sie müssen ausdrücklich kontrahiert sein, an der Front die Feindesliegenheiten zu verhindern. Nicht der deutsche Selbstschutz, sondern die Franzosen selbst bilden das Haupthindernis für eine dauernde Rüstung. Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind und offen ihrer Sympathie für den Aufstand

zudenken geben, sind auch für seine Fortdauer verantwortlich, da sie alles tun, um jede Aktion, die den Aufstand beenden könnte, zu verzögern oder abzuschwächen. Dem Sonderberichterstatter wurde von italienischer Seite erklärt, die eigentlichen Unterschiede in der Ansicht zwischen den Franzosen und den Führern der Aufständischen bestehen darin, daß die Polen den Aufstand erst nach der Entscheidung des Obersten Rates über die neue Grenze wollen, während die Franzosen sie ein führendes Loszögern gewesen seien. Der Aufstand wird nicht eher zu Ende gehen, als bis die Engländer und Italiener in der Internationalen Kommission die Oberherrschaft haben. Selbst ein britisches Armeekorps werde gewißzeitig keine Aenderung herbeiführen, denn augenscheinlich würden britische Truppen dort hingehen, wo die Franzosen sie haben wollen und wo sie höchst am wenigsten tödlich sind.

Aus dem Reichstage

Berlin, 15. Juni. Am Dienstag den 14. Juni nahm der Reichstag seine Arbeit wieder auf. Die Abstimmungen brachten gleich zu Beginn die Sitzung ihre Interpellation über die Errichtung des bayerischen Landtagsabgeordneten Rates ein. Sie würden bei der von ihnen befohlenen Wichtigkeit des Gegenstandes eine möglichst beschleunigte Antwort der Regierung. Reichinnenminister Dr. Bradenauer verspricht baldige Beantwortung, erklärt aber, daß er mit den Ländern eingeleitete Verhandlungen abgewartet werden müssten, da die Meinung bei der Behandlung des Interpellationsantrages notwendig sei. Man darf wohl damit rechnen, daß die Bayerische Abstimmung schiefstens am Donnerstag beantragt werden wird. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet eine Serie von 41 Anträgen. Der Reichstag steht während dieser Periode eine schmiedende Rente auf. Danach tritt das Haus in die zweite Verarbeitung des Gesetzeswurfs über die Regelung des Verkehrs mit Sachsen ein. Dazu nimmt als erster Ministeriumsminister Dr. Hermann zu längeren eingehenden Ausführungen das Wort. Nach der Vorlage folgen im Wirtschaftskreis 1921/22 aus dem Jhalde drei Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen werden. Die Länder haben die Umlage nach ihrem durchschnittlichen Ertrag von 1920 bis 1921 aufzutragen. Von den Ländern ist die Umlage auf die Kommunalverbände und Gemeinden und von diesen auf die Erzeuger zu verteilen. Die Länder kosten die Reise für die rechtzeitige Lieferung. Die festgesetzte Feststellung ist jedoch vom Reichsrat gestrichen worden. Es war befehlshabend, daß Reichsminister Dr. Hermann diese Dinge eingehend behandelt. Er hat hervor, daß auch im Wirtschaftsjahr 1921/22 der Verpflegungsberechtigten Bevölkerung die bisherige Fleisch- und Brötzeitung zu erträglichen Preisen beisteht werden müsse. Die Durchführung der Zwangsabfuhr bietet dazu keinen geeigneten Weg. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Freiheit des Landwirtes an der Steigerung der Getreideproduktion. Schon kann eine 31-tägige Fristprobe der Getreidebewirtschaftung angedeutet noch nicht verantwortet werden. Dann bei der Bezeichnung des Wirtschaftsministers wird das Ziel, die Sicherung des überwiegend landwirtschaftlichen Preises, nicht erreicht werden. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide würde sich nämlich in diesem Falle den Wirtschaftsminister anstreben und der Fleisch- und Brötzeitung würde dazu ferner gezwungen werden. Sie wird von der Landwirtschaft und den vorbeherrschenden Industrien und Gewerben sowie auch von einzelnen Verbandsvereinen einiglich abgelehnt. Außerdem bestreitet sie die Sicherung des Getreideangebotes am Markt. Der Preis für einheimisches Getreide